



# iran-report

Nr. 10/2002

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik:

Das Todesurteil gegen Professor Aghadjari und die Folgen - Größte Studentenproteste seit Sommer 1999 / Erneute Studentendemonstrationen am 7. Dezember / Chefredakteur der Tageszeitung „Keyhan“ fordert Neuaufgabe der Kulturrevolution / Revolutionsführer Chamenei zu den Studentenunruhen - Warnung vor Intrigen und Verschwörungen / Gedenken an die Opfer der Kettenmorde / Öffentliche Stellungnahme von 134 Journalisten gegen das Vorgehen der Justiz / Hafturlaub für Rostamkhani, Sadr und Purzand / Parlamentsvizepräsident Mohammad Reza Chatami: „Es gibt Leute, die gerne den Ausnahmezustand ausrufen würden“ / Der Wächterrat verwässert vom Parlament beschlossenes Scheidungsrecht für Frauen / Erneut ein Jahr Gefängnis für Ali Afshari / Unverheiratete Frauen und Männer dürfen in der Öffentlichkeit Hände halten / Prozess gegen Meinungsforscher / Verbreitung von Aids in Iran.

### II. Wirtschaft

Starker Anstieg des Benzinverbrauchs / Internationale Arbeitsorganisation analysiert iranische Wirtschaft / Ausländische Investitionen in Iran.

### III. Außenpolitik

Demonstrationen gegen Israel / Teheran ernennt neuen Botschafter in Berlin / Irak-Konflikt: Mirdamadi fordert Kooperation mit den USA / Außenminister Char-rasi Mitte November zu Gesprächen in Europa - Treffen mit Außenminister Fischer und Bundestagspräsident Thierse.

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 01/2003 Mitte Januar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Dezember 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
alvarez@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email info@boell.de  
www.boell.de

**I. Innenpolitik**
**Das Todesurteil gegen Professor Aghadjari und die Folgen - Größte Studentenproteste seit Sommer 1999**

Am 16. November wurden vier führende Mitglieder der größten Studentenorganisation Irans, „Tahkim Vahdat“ von Männern in Zivil ergriffen und abgeführt. Augenzeugen berichteten, dass Abollah Momeni, Mitglied des Zentralrats von „Tahkim Vahdat“ vor seinem Studentenwohnheim festgenommen wurde. Dabei soll auch Tränengas eingesetzt worden sein. Die anderen Studentenführer waren, den Berichten zur Folge, auf dem Universitätsgelände bzw. an ihrem Arbeitsplatz festgenommen worden. Die Festnahmen sollten, so Studentensprecher in Teheran, auf die Studentenproteste, die zwei Wochen lang an nahezu allen Universitäten des Landes andauerten, abschreckend wirken.

Bereits in der Woche vor den Festnahmen war es in Teheran zwischen Demonstrationsteilnehmern und Schlägertrupps zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Die konservative Tageszeitung „Keyhan“ hatte in einem Leitartikel 20 „Rädelsführer“ für die Proteste verantwortlich gemacht und deren Festnahme und Bestrafung verlangt.

Das Innenministerium erklärte, es sei über die Festnahmen nicht informiert gewesen. Die Studenten hatten sich den Empfehlungen der Chatami-Regierung folgend bereit erklärt, die Kundgebungen und Streiks vorläufig einzustellen und stattdessen in den Universitätsräumen Versammlungen abzuhalten. Doch auch diese Versammlungen wurden auf Anordnung des Kultusministeriums ausgesetzt, was eine scharfe Kritik der Studenten herausforderte. „Das Kultusministerium hat vor dem Druck der Konservativen kapituliert“, sagte ein Sprecher von „Tahkim Vahdat“

Anlass zu den landesweiten Protesten lieferte das Todesurteil gegen Professor Hashem Aghadjari, der sich bei einem Vortrag im vergangenen August kritisch mit dem traditionellen Islam und der konservativen Geistlichkeit auseinander gesetzt hatte.

Die Forderungen der Studenten gingen

weit über die Aufhebung des Todesurteils hinaus. „Das Todesurteil gegen Aghadhari ist ein Todesurteil gegen das freie Denken“ skandierten sie bei Kundgebungen und verlangten das Ende der Willkürurteile der Justiz, Freilassung aller politischen Gefangenen und eine Volksbefragung über die Zukunft des Landes, über „Reform oder Reaktion“. Auch zahlreiche Parlamentsabgeordnete der Reformfraktion sowie hunderte von Hochschullehrern forderten die Aufhebung des Todesurteils gegen Aghadjari.

Revolutionsführer Khamenei hatte zunächst dem Druck der Protestierenden nachgegeben und laut Agenturmeldungen die Überprüfung des Urteils angeordnet. Doch diese Nachricht wurde am folgenden Tag von Justizchef Hashemi Shahrudi dementiert. Eine Anweisung des Revolutionsführers habe es nicht gegeben, sagte er. „Selbstverständlich wird auch dieses Urteil wie alle anderen Urteile seinen juristischen Gang nehmen und von einem Revisionsgericht überprüft werden. Shahrudi bedankte sich bei allen Richtern, die „mutig und den Gesetzen folgend bemüht sind, Gerechtigkeit walten zu lassen.“ Die Äußerungen des Justizchefs werden von politischen Beobachtern in Teheran als Ausdruck von Differenzen und Unstimmigkeiten im Lager der Konservativen gedeutet. „Wenn ein Richter sein Urteil gesprochen hat, ist dieses Urteil juristisch entscheidend und niemand wird sich erlauben, das Urteil zu schwächen, geschweige denn die ehrwürdige Rechtsprechung zu beleidigen“, sagte Shahrudi. Die Staatsanwaltschaft ging noch einen Schritt weiter und erklärte, das Urteil sei rechtskräftig, der Angeklagte habe jedoch die Möglichkeit, dagegen Widerspruch einzulegen.

Währenddessen ließ Professor Aghadjari verlautbaren, er werde keinen Widerspruch einlegen. Er könne das Gericht nicht akzeptieren, denn er sei öffentlich denunziert worden, während der Prozess hinter verschlossenen Türen stattgefunden habe. „Was will eigentlich das Gericht vor der Öffentlichkeit verbergen“, sagte er. Die Frist für den Widerspruch war auf den 3. Dezember angesetzt.

Vierundzwanzig Stunden nach der Festnahme wurden die vier Studenten wieder

freigelassen. Nach ihrer Freilassung haben sie bei einem Treffen mit Parlamentspräsident Mehdi Karubi berichtet, dass sie die ganze Nacht hindurch neun Stunden lang ununterbrochen verhört worden seien. Man habe sie zu falschen Geständnissen und zur Weitergabe von Informationen zwingen wollen. Ihre Aussagen sollten die Behauptung der Konservativen bestätigen, dass führende Vertreter der Reformbewegung die Unruhen initiiert hätten.

Die Teheraner Justizbehörde reagierte auf die Aussagen der Studenten mit einer offiziellen Erklärung. Darin heißt es, die Studenten hätten den Islam beleidigt und, unterstützt von „Zionisten und den USA“ versucht, an den Universitäten Unruhe zu stiften. Bereits in den ersten Stunden nach ihrer Festnahme hätten sie wichtige Geständnisse abgelegt, die aus Sicherheitsgründen vorerst nicht bekannt gegeben werden könnten. Die Öffentlichkeit werde jedoch nach Abschluss der Untersuchungen darüber informiert.

Die studentische Nachrichtenagentur ISNA berichtete unter Berufung auf einige Abgeordneten, das Parlament werde sich demnächst in einer nichtöffentlichen Sitzung mit den Vorfällen befassen. Ein Abgeordneter, der nicht genannt sein wollte, sagte, das Revolutionsgericht habe ursprünglich eine Namensliste von 21 Studenten zusammengestellt, die verhaftet werden sollten. Erst nach einer Intervention Präsident Chatamis habe es die Haftbefehle zurückgezogen.

Einen Tag vor Ablauf der Frist hat Aghadjaris Anwalt, Saleh Nikbacht, in eigener Verantwortung einen Revisionsantrag eingereicht. Wenige Stunden danach gab Hassan Said Abadi, Mitglied des Justizausschusses bekannt, dass Aghadjaris Akte an das oberste Gericht weitergeleitet worden sei. Es scheint, dass die von den Reformern erhoffte Spaltung im Lager der Konservativen doch nun ernsthaft aufgetreten ist. Die rechte Tageszeitung „Djomhiri Islami“, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt, titelte einen Leitartikel, in dem sie das Vorgehen scharf kritisierte, mit den Worten: „Die Einsamkeit des Revolutionsführers.“

### **Erneute Studentendemonstrationen am 7. Dezember**

Am Samstag, 7. November kam es in Teheran erneut zu Zusammenstößen zwischen Schlägertruppen und protestierenden Studenten. Etwa 3000 Studenten hatten sich gegen dreizehn Uhr in der Aula des Technischen Instituts der Teheraner Universität versammelt. Anlass der Versammlung war der „Tag der Studenten“, ein Gedenktag für drei Studenten, die 1953 bei Demonstrationen gegen den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Richard Nixon in Teheran erschossen worden waren.

Die Studenten hatten Aghadjaris sofortige Freilassung gefordert und nach dem Rückzieher der Justiz, die einer entsprechenden Anordnung des Revolutionsführers Chamanei gefolgt war, erklärt, sie würden vorerst ihre Versammlungen in geschlossenen Räumen abhalten. Ohnehin hatte die Polizei Demonstrationen außerhalb der Universität verboten.

Die Veranstaltung am Samstag war als „Versammlung der Studenten gegen Despotie“ angekündigt worden. Wahid Ghobadi, Mitglied des „Vereins Islamischer Studenten“ und einer der Hauptredner der Versammlung verurteilte das Todesurteil gegen Aghadjari und erklärte, die Studenten seien entschlossen, gegen jede Art von Diktatur Widerstand zu leisten. Er bezeichnete die Konservativen als Scheinheilige, die im Namen der Religion Macht ausüben und das Land und den Islam ins Verderben ziehen. „Wisst ihr denn nicht, dass die Verfassung jede Art von Folter verbietet?“, sagte er. „Warum fürchtet ihr euch vor einer Volksbefragung? Wir haben eine Republik, hier liegt die Entscheidung beim Volk.“

Im Saal häuften sich die Rufe einiger Störer. Es kam zu kleineren Rangeleien. Zum Schluss verabschiedeten die Versammelten eine Resolution, in der es heißt, jeder Gläubige habe die Pflicht, gegen Despotie Widerstand zu leisten. Meinungsfreiheit und die Freiheit des Wortes seien ein Geschenk Gottes. Niemand könne sie verbieten. Die Resolution forderte die sofortige Freilassung Aghadjaris und warnte die Justiz vor Wiederholung solcher Urteile. Angriffe gegen die Redefreiheit bedeuteten nicht anderes als eine

Kriegserklärung gegen das Volk. Staatspräsident Chatami solle seinem Eid treu bleiben und endlich die kompromißlerische Taktiererei aufgeben. Die Volksbefragung sei der einzige Weg, um friedlich aus der Sackgasse, in die „die mafiösen Machthaber“ das Land geführt hätten, herauszukommen. Andernfalls werde der Widerstand in die Illegalität gedrängt.

Nach dem Ende der Versammlung fanden die Studenten die Tore der Universität verschlossen vor. Draußen hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. Die Lage eskalierte, als sich mit Schlagstöcken und Messern bewaffnete Milizen innen und aussen unter die Versammelten mischten. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die Studenten skandierten: „Tod den Taliban, von Kabul bis Teheran“, „Taliban in Iran, bald seid ihr dran.“ Die Polizei setzte Tränengas ein. Auf den umliegenden Straßen befanden sich inzwischen rund 20.000 Menschen. Es dauerte etwa zwei Stunden, bis die Polizei die Menge auseinander treiben konnte. Am Abend veröffentlichte Ali Taali, Leiter der politischen Polizei Teherans, eine Erklärung, in der es heißt, 60 bis 70 Personen seien im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet worden. Es habe Provokation von außerhalb der Universität gegeben. Die meisten Versammelten draußen seien keine Studenten gewesen. Offenbar seien sie den Aufrufen aus dem Ausland gefolgt.

#### **Der Chefredakteur von Keyhan fordert eine Neuauflage der Kulturrevolution**

Der Chefredakteur der konservativen Tageszeitung Keyhan, Hossein Shariatmadari, der von vielen politischen Beobachtern als einer der einflussreichsten Strategen der Konservativen eingeschätzt wird, hat in einem Leitartikel seiner Zeitung eine Kulturrevolution wie zur Zeit der Gründung der Islamischen Republik gefordert. Ziel der damaligen Kulturrevolution war die totale Islamisierung des gesamten Lehrbetriebs an den Universitäten, Schulen, ja sogar Kindergärten. Selbst die Fremdsprachen-Bereiche sollten islamisiert werden. Offenbar brachten die Proteste der Studenten in den letzten Wochen den Chefredakteur auf die Idee, erneut die Universitäten zu „revolutionieren“. Seiner Ansicht nach sollte das Kultusministerium ebenfalls mit

einbezogen werden, denn „alle Anzeichen deuten darauf hin, dass das Kultusministerium bei den jüngsten Unruhen erheblich mitgemischt hat.“ Die Lösung liege in einer gründlichen „Säuberung“ des Ministeriums und der Universitäten „von der fünften Kolonne des Feindes, von Personen mit einer unsauberen Vergangenheit und sogar von denen, die zu uns gehören, aber unfähig sind.“

„Kann man, wenn man um den Zustand unserer Universitäten besorgt ist, etwas anderes vorschlagen als einen gründlichen Hausputz?“, fragt Shariatmadari.

Die Internet-Seite „Rooydad“ meint, man müsse die Warnung Shariatmadaris ernst nehmen. Gerüchte besagen, die Rechte sei durch die Studentenproteste aufgeschreckt und plane einen groß angelegten Sturm auf die Universitäten. Auch damals fand zum Auftakt der „Kulturrevolution“ ein ähnlicher Sturm statt. Zehntausende Jünger Chomeinis besetzten die Universitäten und forderten die Islamisierung des Lehrbetriebs.

#### **Revolutionsführer Chamenei warnt vor Intrigen und Verschwörungen**

Revolutionsführer Chamenei erklärte am 22. November beim Freitagsgebet, der Sturz des Schah-Regimes sei der größte Schlag gewesen, den das islamische Volk Iran den USA versetzt habe. Seit dem versuchen die Amerikaner, sich für diesen Schlag zu rächen. Dabei sei ihnen wohl bewusst, dass sie mit militärischer Gewalt nichts ausrichten könnten. Deshalb versuchen sie, durch hinterhältige Propaganda auf das Volk Einfluss zu nehmen und gegen den Islam und die Revolution zu agitieren. Ihre Strategie sei, die islamische Staatsordnung von Innen her zum Sturz zu bringen. „Das iranische Volk war nie bestrebt, die westliche Demokratie einzuführen“, sagte der Revolutionsführer. „Unser Volk möchte im Schatten des Islam gedeihen und blühen. Sein Ziel ist Gerechtigkeit, Kultur, wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit.“

Bezug nehmend auf die Studentenproteste sagte Chamenei, „jedes Mal, wenn in unserem Land etwas Positives im Entstehen ist, beginnen die Intrigen der Feinde“. Auch in diesen Tagen werde versucht, die Universitäten von ih-

rer Arbeit abzuhalten. „Die Feinde sollten wissen, dass gegebenenfalls der Sturm des Volkswillens alle Intriganten hinwegfegen und solche Probleme sehr leicht lösen wird.“

#### **Jahresgedenktag an die Opfer der Kettenmorde**

Seit vier Jahren versucht die in Frankfurt lebende iranische Künstlerin, Parastou Forouhar unermüdlich, den Mord an ihren Eltern aufzuklären. Parvaneh und Dariush Forouhar, beide als oppositionelle Politiker landesweit bekannt, wurden am 21. November 1998 in Teheran am späten Abend in ihrem Haus überfallen und ermordet. „Laut Gerichtmedizin hatte meine Mutter Würgemale am Hals und im Mundbereich und vierundzwanzig Messerstiche in der Brust“, sagt die Tochter. „Mein Vater wurde mit elf Messerstichen ermordet.“

Weder diese beiden Morde, noch die, die zwei Wochen danach an die Schriftsteller Mohammad Mochtari und Mohammad Djafar Pujandeh verübt wurden, sind bis heute aufgeklärt.

Die Attentate, die als „Kettenmorde“ bezeichnet werden, wirkten damals auf die Bevölkerung, die durch den Sieg der Reformbewegung bei den Präsidentschaftswahlen auf bessere Zeiten hoffte, ungeheuer schockierend. Staatspräsident Chatami, kaum ein Jahr im Amt, schwor, er werde alle Macht daransetzen, um Täter und Auftraggeber zu finden. Tatsächlich geschah zwei Monate später etwas, was niemand für möglich gehalten hätte: Das iranische Informationsministerium gab offiziell zu, Angestellte des Geheimdienstes seien in die Mordserie verwickelt gewesen. Doch anstelle der Staatsanwaltschaft übernahm das Militärgericht die Ermittlungen. Damit nahm ein Prozess von Vertuschungen und Manipulationen seinen Lauf.

Im Juni 1999 nannte der Chef der Militärstaatsanwaltschaft die Namen von vier Haupttätern, teilte aber gleichzeitig mit, dass der wichtigste unter ihnen, Said Emami, Stellvertreter des Informationsministers, sich im Gefängnis durch Einnahme eines Enthaarungsmittels das Leben genommen habe. Die Ermittlungen wurden im September 2000 abgeschlossen und die Akten dem Militärgericht übergeben. Danach wurden in

einem Geheimprozess zwei Personen als Drahtzieher zu lebenslanger Haft, drei andere, die die Morde ausgeführt hatten, zum Tode verurteilt. Weitere Beteiligte erhielten unterschiedliche Haftstrafen. Doch einige Monate später wurde der Prozess vom Revisionsgericht als mangelhaft bezeichnet. Die nächste Instanz verwandelte die Todesstrafen zu zehn Jahren Haft. Die anderen Angeklagten erhielten drei bis vier Jahre und wurden freigelassen.

Die Milde der Urteile begründete das Gericht damit, dass die Hinterbliebenen der Opfer auf die Todesstrafe verzichtet hätten. Dazu sagte Parastou Forouhar: „Wir wollten keine Rache üben, sondern die Verbrechen gegen politisch Andersdenkende aufdecken. Zudem fühlen wir uns den politischen Zielen der Ermordeten verbunden und lehnen aus diesem Grund die Todesstrafe ab.“

Der Anwalt der Hinterbliebenen, Nasser Zarafshan, ließ den Fall nicht auf sich ruhen. Die Morde seien längst nicht aufgeklärt, die Justiz habe es unterlassen, die Auftraggeber zu ermitteln. Nicht einmal der damalige Informationsminister sei zur Verantwortung gezogen worden. Diese öffentlich geäußerte Kritik führte dazu, dass dem Anwalt selbst der Prozess gemacht wurde. Er wurde beschuldigt, Staatsgeheimnisse verraten zu haben. Am 16. August dieses Jahres wurde er auf offener Straße festgenommen. Angeblich sollen bei der Durchsuchung seines Büros Waffen und alkoholische Getränke gefunden worden sein. Zarafshan wurde von einem Militärgericht zu fünf Jahren Gefängnis und 70 Peitschenschlägen verurteilt, zwei Jahre für Geheimnisverrat, drei Jahre für Waffenbesitz und 70 Peitschenschläge für den Besitz alkoholischer Getränke.

Zarafshans Anwalt, Mohammad Ali Djedari Foroughi, hielt sich Ende November in Berlin auf. Er habe gegen das Urteil und die Haft sofort Widerspruch eingelegt, sagte er bei einer Pressekonferenz. Das Militärgericht sei weder für die Kettenmorde noch für den Anwalt der Hinterbliebenen zuständig. Auch er selbst stehe stark unter Druck. Neulich sei er durch einen inszenierten Unfall fast umgebracht worden. Man habe bereits für ihn eine Akte beim Gericht angelegt und ihm signalisiert, dass er jederzeit in Haft

genommen werden könnte. Diese Einschüchterungsversuche hätten dazu geführt, dass inzwischen von den rund zehntausend Anwälten höchstens zehn bis fünfzehn bereit seien, politische Fälle zu übernehmen. Zarafshan sei bereits der sechste Anwalt, der verurteilt worden sei. „Sollte ich verhaftet werden, wird vermutlich niemand mehr wagen, meine Verteidigung zu übernehmen“, sagte Djedari Forughi.

Am 23. November versammelten sich über 3000 Menschen in Teheran, um den Toten zu gedenken. Doch während der Gedenkfeier griff eine rund fünfhundertköpfige Männermasse, mit Schlagstöcken und Messern bewaffnet, die Versammlung an. Die anwesenden Ordnungskräfte waren nicht in der Lage, den Angriff abzuwehren. Dabei wurden einige Personen verletzt, einige Teilnehmer wurden mit Handschellen abgeführt. Auch die Tochter des ermordeten Ehepaars Forouhar, die zur Teilnahme an der Feier von Frankfurt nach Teheran geflogen war, erlitt leichte Verletzungen. In ihrem Redebeitrag forderte sie die Verantwortlichen auf, endlich die Morde aufzuklären und die wahren Auftraggeber vor Gericht zu stellen. „Wir wollen keine Todesstrafe, wir wollen die Wahrheit“, sagte sie. Es seien zwar einige Täter bestraft worden, aber die Hintermänner, die Auftraggeber, befänden sich noch im Verborgenen. Parastou Forouhar gab nun bekannt, dass sie offiziell eine Klage bei der Menschenrechtskommission der UNO einreichen werde.

Auch der iranische Schriftstellerverband gedachte in einer am 24. November veröffentlichten Erklärung der Opfer und forderte ebenfalls die uneingeschränkte Aufklärung der Morde, „die aus dem dunklen Hinterhalt gegen freie Menschen“ verübt worden seien.

#### **Öffentliche Stellungnahme von 134 Journalisten gegen das Vorgehen der Justiz**

134 Journalisten haben in einer am 24. November veröffentlichten Stellungnahme gegen das Vorgehen der Justiz protestiert. Trotz Warnungen und kritischen Stellungnahmen habe ein Teil der iranischen Justiz Aktivitäten entwickelt, die nicht nur die Rechtsprechung diskreditiert, sondern dem gesamten Land großen Schaden zugefügt haben,

heißt es in der Stellungnahme der Journalisten. Das rigorose Vorgehen gegen die freie Presse und Meinungsäußerung, die zahlreichen Verbote der Zeitungen scheine sich nun auch auf die Wissenschaft und Forschung auszuweiten. Das unglaubliche Todesurteil gegen den hervorragenden Universitätsprofessor Haschen Aghadjari, die Verhaftung der Journalisten Abbas Abdi, Behruz Geranpajeh und Hossein Ghazian und die Schließung der Meinungsforschungsinstitute seien nur Beispiele für den Versuch, Kultur, Wissenschaft und Presse zu kriminalisieren, was sowohl der Verfassung als auch den Bürgerrechten widerspreche.

Die Unterzeichner der Stellungnahme kritisierten die Einmischung der Justiz und deren Parteinahme für gewisse Fraktionen und forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

#### **Hafturlaub für Rostamkhani, Sadr und Purzand**

Die beiden Übersetzer, Said Sadr und Khalil Rostamkhani, die im Zusammenhang mit der Berliner Iran-Konferenz zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, erhielten Anfang Dezember Hafturlaub. Said Sadr ist Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Teheran und in dieser Eigenschaft Angestellter des deutschen Außenministeriums. Er wurde zu zehn Jahren Gefängnis mit Verbannung verurteilt. Khalil Rostamkhani, der als Übersetzer in Teheran tätig ist, wurde mit neun Jahren Gefängnis plus Verbannung bestraft.

Hafturlaube sind in Iran nicht Ungeöhnliches. Der Urlaub wird vor allem nur dann gewährt, wenn das Urteil rechtskräftig und endgültig ist.

Auch der Medienexperte Siamak Purzand, Ehemann der bekannten Frauenrechtlerin und Rechtsanwältin Mehrangiz Kar, dessen Prozess im Sommer dieses Jahres viel Wirbel ausgelöst hatte, durfte ebenfalls vorübergehend das Gefängnis verlassen.

**Parlamentsvizepräsident Mohammad Reza Chatami: „Es gibt Leute, die gerne den Ausnahmezustand ausrufen würden“**

Mohammad Reza Chatami, Vizepräsident des Parlaments und Bruder des Staatspräsidenten vertrat bei einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA die Ansicht, es gäbe Leute, die gerne den Ausnahmezustand ausrufen würden. Auf Anfrage der Journalisten sagte er, er könne keine Namen nennen, dafür bedürfe es mehr Beweise und Unterlagen. Ein wichtiges Indiz für seine Behauptung sei der Umstand, dass bestimmte Ereignisse auf auffällige Weise zwischen gewissen Zeitungen, der Justiz und den Sicherheitsorganen koordiniert und initiiert würden. Chatami, der gleichzeitig Vorsitzender der reformorientierten Moscharekat-Partei ist, sagte: „Ich bin sicher, dass die radikale Minderheit (gemeint sind die konservativen Islamisten) schon des öfteren den Versuch unternommen hat, durch Verschwörung und mit Gewalt die Reformbewegung zu Fall zu bringen. Selbst als die Gefahr eines militärischen Angriffs seitens der USA bestand, haben diese Leute die Bedrohung als willkommenen Anlass betrachtet, unter dem Vorwand der Verteidigung der nationalen Souveränität und Sicherheit im Innern des Landes reinen Tisch zu machen.“

Der ganze Wirbel um Professor Hashem Aghadjari und das Todesurteil gegen ihn sei inszeniert worden, um die Gegenseite zu unbedachten Handlungen zu provozieren, welche dann wiederum den Rechten die Handhabe geliefert hätte, mit Gewalt zurückzuschlagen, sagte Chatami. „Soweit ich informiert bin, wurde bisher diesem Druck überall dort, wo wichtige Entscheidungen zu treffen waren, Widerstand geleistet“, betonte er. Damit wollte er der Behauptung, Staatspräsident Chatami verhalte sich kompromißlerisch und leiste den Rechten gegenüber keinen Widerstand, entgegen treten.

Auf die Frage, wer für die Provokationen verantwortlich sei, antwortete Chatami, es gäbe Instanzen, die für ihre Taten und Entscheidungen niemandem Rechenschaft schulden. Jeder dieser Instanzen sei für bestimmte Bereiche zuständig. „Eine von ihnen hat die Aufgabe, die Arbeit des Parlaments zu verhindern, die andere legt der Regierung Steine in den Weg, die dritte

torpediert die Außenpolitik und die vierte geht gegen die freie Presse vor. Betrachtet man die Ereignisse der letzten Jahre, dann kann man hinter jedem Ereignis deutlich sehen, welche Instanz am Wirken war. Nennt man aber die Dinge beim Namen, wird man wegen Unruhestiftung und Volksverhetzung angeklagt.“

**Der Wächterrat verwässert vom Parlament beschlossenes Scheidungsrecht für Frauen**

Nach dem die Änderungsvorschläge des Wächterrats zu einem vom Parlament verabschiedeten Gesetz zur Scheidungsrecht für Frauen, akzeptiert wurden, hat der Wächterrat dem Gesetz seine Zustimmung erteilt. Gemäß diesem Gesetz genießen Frauen unter gewissen Umständen, die in drei Paragraphen festgelegt sind, das Recht, sich von ihrem Ehegatten zu scheiden. Der Rechtswissenschaftler Mohammad Hossein Aghsai vertrat in einem Interview mit Radio Freies Europa die Ansicht, das neue Gesetz bringe für Frauen nichts Neues, denn auch bisher hätten die Frauen das Recht gehabt, sich auf Vereinbarungen, die bei der Eheschließung getroffen wurden, zu berufen und eine Scheidung zu beantragen. Die ursprüngliche Absicht des Parlaments sei es gewesen, Frauen dieselben Rechten zu gewähren, die auch Männer besitzen. Diese Absicht wurde vom Wächterrat zurückgewiesen und das vom Parlament zunächst verabschiedete Gesetz geändert, soweit, dass sich an dem alten Zustand kaum etwas geändert habe.

Nach den bestehenden Gesetzen ist es für Frauen äußerst schwer, sich von ihren Männern zu trennen. Es gibt nur wenige Gründe, wonach die Gerichte einer Frau das Recht einräumen, sich scheiden zu lassen: wenn sich z.B. der Mann weigert, der Frau Unterhalt zu zahlen oder wenn er impotent ist. Umgekehrt ist es für Männer kein Problem, sich von ihren Frauen scheiden zu lassen. Die iranisch-islamische Gesetzgebung ist von der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen meilenweit entfernt.

**Erneut ein Jahr Gefängnis für Ali Afshari**

Ali Afshari, ehemaliges Vorstandsmit-

glied der größten studentischen Organisation des Landes „Tahkim Wahdat“ wurde erneut zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Afshari, der zu den bekanntesten Figuren der iranischen Studentenbewegung zählte und bei den Studentenunruhen von 1999 eine wichtige Rolle spielte, wurde im April 2000 von der Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Iran-Konferenz nach Berlin eingeladen. Wie die meisten Gäste aus Iran, wurde auch er nach seiner Rückkehr verhaftet. Im Gefängnis wurde er gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen. Diese Geständnisse wurden in einem Videofilm dokumentiert und vom staatlichen Fernsehen gesendet. In diesem Film bezichtigte Afshari sich selbst, den Sturz der Islamischen Republik geplant und zu ausländischen Botschaften Kontakte gepflegt zu haben. Afshari schilderte später nach seiner vorübergehenden Entlassung aus dem Gefängnis alle diese Vorgänge in einem offenen Brief an den Revolutionsführer Chamenei. Bald darauf wurde er abermals in Haft genommen. Die Begründung für das nun gefällte Urteil scheint nicht einmal für Afsharis Verteidiger verständlich zu sein. Sie würde vor keinem Richter standhalten, sagte er.

Afshari genießt bei Studenten nach vor hohes Ansehen. Es wird angenommen, dass das neue Urteil als Abschreckung im Zusammenhang mit den aktuellen Studentenunruhen gefällt wurde.

#### **Unverheiratete Frauen und Männer dürfen in der Öffentlichkeit Hände halten**

Bisher war in Iran jede körperliche Berührung zwischen unverheirateten Männern und Frauen streng verboten. Wurde ein unverheiratetes Paar im Auto erwischt, wurden beide mit Peitschenschlägen bestraft. Paare, die sich nicht im Haus ihrer Eltern oder Verwandten treffen konnten, mussten sich ein sicheres Versteck suchen.

Das soll sich nun ändern. Die Polizei dürfe künftig Hände haltende Paare nicht mehr zur Rede stellen und bestrafen, sagte ein Richter der Tageszeitung „Iran“, es sei denn, es liege eine Klage gegen die betreffenden Personen vor. Zuwiderhandlungen der Ordnungskräfte und der „Sittenpolizei“ würden bestraft. Paare, die sich in Polizeigewahrsam befinden, sollen un-

verzüglich freigelassen werden. Die Sittenwächter sollten sich künftig auf Prostitution und unerlaubtem Handel, vor allem mit Drogen konzentrieren, sagte der Richter.

#### **Prozess gegen Meinungsforscher**

Wie bereits berichtet (IR 9), wurden im Oktober vier Personen im Zusammenhang mit den im Sommer veröffentlichten Meinungsumfragen über die iranisch-amerikanischen Beziehungen festgenommen. Die Umfrage wurde im Auftrag der Regierung und des Parlaments durchgeführt. Die hierfür beauftragten drei Institute, die in verschiedenen Bezirken Teherans die Umfrage durchgeführt hatten, waren zum selben Ergebnis gekommen. Demnach hatten rund 75% der Befragten dafür gestimmt, dass Iran und USA in Verhandlungen treten und ihre diplomatischen Beziehungen, die seit der Geiselauffäre von 1979 unterbrochen sind, wieder aufnehmen. Für die Konservativen war dieses Ergebnis eine Ohrfeige. Denn wenn das Volk, das einst zum Märtyrertod bereit war, es vorzieht, mit dem „Satan“ Freundschaft zu schließen, statt den „Stellvertretern Gottes“ Gefolgschaft zu leisten, dann kann es um den Staat der Ayatollahs nicht gut bestellt sein. Die Gottesmänner müssen wohl gespürt haben, wie weit sie sich von ihrem Volk entfernt haben. Aber wie immer reagierten sie mit Gewalt statt mit Einsicht. Die von Konservativen beherrschte Justiz ließ alle drei Institute schließen und die Institutsleiter und einige Mitarbeiter in Haft nehmen.

Den Meinungsforschern wird vorgeworfen, die Befragten manipuliert und statt einer Meinungsumfrage „Meinungsmache“ betrieben zu haben. Konservative Zeitungen zählten die üblichen Beschuldigungen auf. Die Institute hätten im Auftrag ausländischer Geheimdienste gehandelt. Das Ziel sei die Diskreditierung nicht nur Irans, sondern des Islams gewesen. Die Reformer, besonders die im Parlament, wehrten sich gegen diese Vorwürfe. Schließlich hatten sie die Institute beauftragt, die Fragen sogar selbst formuliert. Sie forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Wie aus dem Kreis um Staatspräsident Chatami bekannt wurde, hat er eine Kommission beauftragt, sich mit diesem Fall zu befassen.

Die Justiz ignorierte die Proteste. Am 3. Dezember wurde der Prozess gegen die Meinungsforscher eröffnet. Für die sonst langsam mahrenden Mühlen der Gerichte ist das Tempo erstaunlich schnell. Es wurde bekannt gegeben, dass der Prozess öffentlich sein werde. Doch einige namhafte Reformer, wie der Bruder des Staatspräsidenten Mohammad Reza Chatami und der Vorsitzende des Ausschusses für Außenpolitik und nationale Sicherheit wurden zurückgewiesen, ebenso zahlreiche reformorientierte Journalisten. Konservativen Zeitungen hingegen wurde die Teilnahme erlaubt. Der Prozess wird von dem umstrittenen Richter Said Mortazawi geleitet, der zahlreiche Journalisten verurteilte und Zeitungen verbot. Den Angeklagten wird Kontakt zu ausländischen Geheimdiensten, insbesondere zu denen Großbritanniens und der USA, Verrat von Staatsgeheimnissen, Volksverhetzung und Gefährdung der nationalen Sicherheit vorgeworfen. Hingegen tauchte der Vorwurf der Spionagetätigkeit bislang nicht auf.

Der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Ajandeh, das dem Kultusministerium zugeordnet ist, wird beschuldigt, die Umfrage im Auftrag des US-Instituts Gallup, das seinerseits mit dem US-Geheimdienst in Verbindung stehe, durchgeführt zu haben. Er habe Informationen über „die Meinung der Iraner“, über mögliche Kandidaten für die Präsidentschaftswahl, über das Atomkraftwerk Bushehr und über das „landesweite Handy-Netz“ „verraten“.

### **Verbreitung von Aids in Iran**

Die in Brüssel erscheinende Tageszeitung Le Soir berichtete aus Anlass des Welt-Aids-Tages über die Verbreitung der Krankheit in Iran. Aids sei in der Islamischen Republik Iran kein Tabu mehr. Das Thema werde in den iranischen Medien behandelt. Sogar Fernsehen und Rundfunk beschäftigen sich seit neuestem mit dem Thema. Le Soir zitiert einen Facharzt, der es bedauert, dass in Iran keine genaue Statistiken über die Aids-Krankheit gibt. Offiziell werde die Zahl der Aids-Infizierten mit fünftausend angegeben, doch iranische Ärzte seien der Meinung, dass die Zahl über 30.000 liege. Die Krankheit sei besonders in den iranischen Gefängnissen weit verbreitet.

Hier gäbe es unter den 180.000 Gefangenen etwa 100.000 Drogensüchtige, die die Krankheit über infizierte Spritzen übertragen.

Ein weiteres Problem, auf das die Zeitung aufmerksam macht, bilden zehntausende mittellose Frauen, die auf den Straßen der Prostitution nachgehen. Eine medizinische Kontrolle gäbe es nicht. Iranische Medien schätzen, dass etwa die Hälfte dieser Frauen Aids infiziert seien.

Die Verbreitung der Krankheit zwingt die iranischen Behörden, sich endlich ernsthaft mit dem Problem zu beschäftigen. Die Gefahr, die von dieser Krankheit ausgeht, brachte offenbar auch das iranische Gesundheitsministerium zum Nachdenken. Kürzlich kritisierte der Stellvertreter des Gesundheitsministers die Verantwortlichen dafür, dass sie dieser Krankheit zuwenig Aufmerksamkeit widmen.

## II. Wirtschaft

### **Starker Anstieg des Benzinverbrauchs**

Der tägliche Benzinverbrauch beträgt zurzeit in Iran 50 Millionen Liter, 13 Millionen Liter davon werden aus dem Ausland importiert. Sollte der Gesamtverbrauch, wie in den vergangenen Jahren, auch in diesem Jahr um zehn Prozent steigen, müsse nach aller Wahrscheinlichkeit der Benzin rationiert werden, erklärte der Planungsleiter der Nationalen Gesellschaft für Ölindustrie. Die Kosten für das im nächsten Jahr einzuführende Benzin werden auf 850 Millionen US-Dollar geschätzt. Das würde zu einem Haushaltsdefizit in Höhe von 295 Millionen Dollar führen.

Der hohe Benzinverbrauch hat drei Gründe: Erstens gibt es in Iran zu viele veraltete Fahrzeuge, zweitens nimmt die Gesamtzahl der Fahrzeuge rapide zu und drittens verbrauchen die im Inland produzierten Autos weit mehr Benzin als importierte Fahrzeuge. Ein inländischer Personenwagen verbraucht im Durchschnitt 17 bis 22 Liter Benzin pro 100 km. Gegenwärtig befinden sich rund vier Millionen inländische Fahrzeuge im Verkehr. Die Zahl dieser Wagen erhöht sich jährlich um 400 bis 500tausend.

### **Internationale Arbeitsorganisation analysiert iranische Wirtschaft**

Eine Delegation der Internationalen Arbeitsorganisation hielt sich Anfang Oktober in Iran auf. In ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht stellen die Delegierten fest, dass iranische Gewerkschaften nicht die Freiheit und Selbständigkeit besitzen, die Rechte und Interessen der Beschäftigten vertreten zu können. Der Vorstand der Internationalen Arbeitsorganisation nahm in einem Interview mit der iranischen Nachrichtenagentur IRNA zu folgenden Punkten Stellung:

Zum iranischen Arbeitsrecht. Es sei der Organisation bekannt, dass zurzeit in Iran das Arbeitsrecht heftig und kontrovers diskutiert werde, sagte ein Vorstandsmitglied. Manche betrachten das iranische Arbeitsrecht als Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und fordern eine Reform. Andere, zu denen auch die staat-

lichen Gewerkschaften gehören, betrachten den Ruf nach Reformen als eine Verschwörung gegen die Interessen der Arbeiter. Die Internationale Arbeitsorganisation vertrete die Ansicht, dass die Kritik der Arbeitgeber berechtigt und eine Reform des Arbeitsrechts notwendig ist.

Die Internationale Arbeitsorganisation empfiehlt, den Prozess der Privatisierung zu beschleunigen. Die iranische Regierung sollte sich bemühen, die Privatwirtschaft soweit wie möglich zu unterstützen, denn es sei gerade die Privatwirtschaft, die den Kern der Arbeitsverhältnisse bilde. Gleichzeitig sollten jedoch gegen mögliche negative Auswirkungen durch eine entsprechende soziale Gesetzgebung Vorbeuge getroffen werden.

Die Internationale Arbeitsorganisation betont die Notwendigkeit der Freiheit und Unabhängigkeit von Gewerkschaften und Verbänden. Gewerkschaften müssten frei gewählt werden und vom Staat unabhängig sein. Ohne diese Voraussetzung könnten sie die wirklichen Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht vertreten.

### **Ausländische Investitionen in Iran**

Der Abteilungsleiter für ausländische Investitionen und technische Zusammenarbeit im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Chazai berichtete von einem überraschend hohen Anstieg von Anfragen ausländischer Investoren. Täglich würden sich im Durchschnitt 15 Investoren mit Investitionsabsichten im Wirtschaftsministerium melden. Allein im vergangenen Monat hätten sich Investoren mit insgesamt einer Milliarde Dollar Kapital an sein Ministerium gewandt.

Der in Paris lebende Wirtschaftsexperte Fereydun Chawand äußerte sich in einem Interview mit Radio Freies Europa skeptisch über diese Angaben. „Das würde für die iranische Außenwirtschaft eine Revolution bedeuten“, sagte er. Doch seiner Ansicht nach stehen diese Angaben im Widerspruch zu den von ausländischen Experten in Teheran oder von internationalen Organisationen veröffentlichten Statistiken. Demnach stehe Iran bezüglich der Höhe seines Bruttosozialprodukts im internationalen Vergleich an 37. Stelle,

bezüglich seines Anteils am internationalen Kapital hingegen an 137. Stelle. Dennoch meint Chawand, könnte das im September in Kraft getretene Gesetz zur Erleichterung von Auslandsinvestitionen, viele ausländische Unternehmer zu Investitionen in Iran ermuntern. Es gäbe vor allem in den Bereichen Nahrungsindustrie, Verpackungsindustrie, Strom sowie im Bereich der Konsumgüterindustrie große Investitionsmöglichkeiten für das ausländische Kapital.

### **III. Außenpolitik**

#### **Demonstrationen gegen Israel**

Mehrere Hunderttausend Iranerinnen und Iraner demonstrierten am 29. November in der Hauptstadt Teheran und anderen Großstädten gegen Israel. Zu der Demonstration hatten die Basidjis, die Organisation für den Aufbau des Landes aufgerufen, eine militante, rechtsorientierte Organisation, die eine Art Volksmiliz bildet. Anlass zu der Demonstration war ein Beschluss des Revolutionsführers Chomeini, der angeordnet hatte, jedes Jahr an diesem Tag, der „Internationaler Tag zu Befreiung von Al-Ghods“ (Jerusalem) genannt wurde, Demonstrationen und Kundgebungen zu veranstalten. Die Demonstranten skandierten „Tod Israel“, „Tod USA“. In einer Anschließerkklärung verurteilten sie die israelische Aggression gegen Palästinenser und forderten einen Kriegsverbrecherprozess gegen die politische Führung Israels. Vor der Teheraner Universität forderte Staatspräsident Chatami von internationalen Gremien ein Ende des 50 Jahre langen Leidens der Palästinenser. Teheran, das keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhält, fordert ein unabhängiges Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt.

#### **Teheran ernennt neuen Botschafter für Berlin**

Die Tageszeitung „Entekhab“ berichtet, dass Außenminister Kamal Charrasi den Generaldirektor seines Ministeriums für die Westeuropa Abteilung, Shamseddin Charaghani zum neuen Botschafter Irans in der Bundesrepublik Deutschland ernannt habe. Chareghani wird den bisherigen Botschafter, der seit fast fünf Jahren in diesem Amt tätig ist, ablösen.

Aus iranischer Sicht spielt die Bundesrepublik Deutschland als führender Handelspartner eine wichtige Rolle. Iran hofft auch bei seiner Bemühung um den Abschluss eines umfassenden Handelsvertrags mit der EU die Unterstützung Berlins zu bekommen. Über dieses Abkommen wird seit längerer Zeit verhandelt. Alle Mitgliedstaaten der EU befürworten, den Handel mit Iran auszuweiten, doch einige fordern, dass das Abkommen mit bestimmten politi-

schen Voraussetzungen verknüpft wird. Genannt werden vier Punkte: Iran solle die Menschenrechte achten, auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen verzichten, den Friedensprozess im Nahen Osten und den internationalen Kampf gegen Terrorismus unterstützen. Im Augenblick sind die Verhandlungen aufgrund der Ereignisse der letzten Monate, der Häufung von Hinrichtungen, Steinigungen und Gefängnisstrafen ins Stocken geraten. Das Europaparlament verabschiedete (IR 9) im vergangenen Monat eine scharfe Resolution gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran und forderte den Ministerrat auf, diesbezüglich tätig zu werden.

Nach einem Treffen mit dem neuen Botschafter sprach sich Präsident Chatami dafür aus, die guten Beziehungen zu Deutschland zu pflegen und nach Möglichkeit auszubauen. Deutschland sei nicht nur Irans größter Handelspartner in der Europäischen Union, sondern verfolge außerdem eine positive Haltung zur iranischen Außenpolitik. Teheran begrüße besonders die Entscheidung der Bundesregierung, nicht an einem eventuellen Krieg seitens der USA gegen den Irak teilzunehmen. Dies sei auch die iranische Haltung.

#### **Irak-Konflikt: Mirdamadi fordert Kooperation mit den USA**

Der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Außenpolitik und nationale Sicherheit, Mohsen Mirdamadi, sagte in einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA, im Irak seien die nationalen Interessen Irans mehr berührt als in Afghanistan. Es sei eine Dummheit, auf Kosten der eigenen Interessen die Zusammenarbeit mit den USA zu verweigern. Die Konsequenzen einer solchen Politik seien sehr gefährlich, warnte Mirdamadi. „Wenn wir nicht vorbeugend handeln, würden wir nach wie vor zur Achse des Bösen zählen und nach dem Irak zum nächsten Ziel werden.“ Iran habe bereits die Gelegenheit versäumt, nach dem Ende der Taliban in Afghanistan eine größere Rolle zu spielen. Mirdamadi mahnte eine Korrektur der iranischen Irak-Politik an. Die USA könnten, wenn sie im Irak das Sagen haben, dem Land künftig die Quoten des Ölexports diktieren.

#### **Außenminister Charrasi Mitte November**

### zu Gesprächen in Europa

Außenminister Charrasi reiste am 18. November zu Gesprächen mit EU-Vertretern nach Brüssel. Regierungssprecher Hamid Reza Assefi erklärte bei seinem wöchentlichen Gespräch mit der Presse wenige Stunden nach der Abreise des Ministers, die Reise erfolge im Zusammenhang mit der aktuellen Lage im Nahen Osten. Der Minister werde mit seinen Amtskollegen in Europa über die Lage in Irak, die Eskalation des Konflikts zwischen Israel und Palästina und die Beziehungen Irans zur EU Gespräche führen.

Charrasi traf in Brüssel den Beauftragten der EU für Außenpolitik, Javier Solana, den Vorsitzenden der Europakommission Romano Prodi und Pascal Lami und den Verantwortlichen für den europäischen Handel. Anschließend führte er Gespräche mit dem belgischen Außenminister Michel und Parlamentsvorsitzenden de Cro. Die Gespräche seien sehr positiv gewesen, sagte Charrasi nach seinem zweitägigen Aufenthalt in Brüssel. Bei allen Gesprächen sei ihm zugesichert worden, dass die EU ihre Handelsbeziehung mit der Islamischen Republik Iran ausbauen wolle. Die Verhandlungen über einen umfassenden Handelsvertrag sollen am 12. Dezember beginnen.

Im Anschluss an die Gespräche in Brüssel reiste Charrasi zu einem „Arbeitsgespräch“ mit dem deutschen Außenminister Joschka Fischer nach Berlin. Nach dem Gespräch sagte Charrasi in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Iran lehne einen militärischen Angriff gegen Irak ab und werde unter keinen Umständen seine Lufthoheit für einen solchen Angriff zur Verfügung stellen. Die Studentendemonstrationen in Iran bezeichnete der Minister als ein Zeichen der größeren Meinungs- und Gedankenfreiheit. Der Protest dürfe nicht als Ausdruck der Unzufriedenheit der Jugend mit dem islamischen Staat aufgefasst werden.

Außenminister Joschka Fischer lud seinen Amtskollegen ein, Ende November an der in Bonn stattfindenden Afghanistan-Konferenz teilzunehmen.

Charrasi traf auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der den iranischen Außenminister aufforderte, sich für die Freilassung von Khalil Rostamkhani

und Said Sadr, die im Zusammenhang mit der von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz verhaftet wurden, einzusetzen und Rostamkhani zu erlauben, zu seiner Frau Roshanak Dariush, die an einer Krebskrankheit leidet, nach Deutschland zu reisen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Iran, zumindest die wirtschaftlichen Beziehungen befinden sich, vor allem seit dem Iran per Gesetz weit mehr als bisher Investitionen aus dem Ausland Sicherheit gewährt, im Aufwind. Kürzlich bestellte Iran in Deutschland sechs Transportfrachter im Wert von 205 Millionen Euro. Deutsche Investoren sind in Iran hauptsächlich in den Bereichen Fahrzeugbau, Aluminiumindustrie, Schiffbau und Petrochemische Industrie aktiv. Die EU importierte im vergangenen Jahr Waren im Wert von 6,5 Milliarden Euro aus dem Iran und exportierte im Gegenzug Waren im Werte von etwas mehr als 7 Milliarden Euro in den Iran.